

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/41. Jahrgang

Juni 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

## Mit dem Kopf durch die Wand

So läßt sich das Ergebnis der letzten Sitzung des Stadtparlaments am treffendsten zusammenfassen. Gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Gießener Bevölkerung wurde am 12. Mai die Landesgartenschau (LaGa) 2014 sowie die Vertreibung des Fußballvereins Blau-Weiß von der Koalitionsmehrheit beschlossen. Mit selbstherrlicher Arroganz haben sich CDU/Grüne/FDP über den berechtigten Widerstand aus Kirchen, Schulen, Sportverbänden sowie dem Ausländerbeirat hinweggesetzt. Insbesondere die grüne Bürgermeisterin Weigel-Greulich hat in despotischer Manie darauf bestanden, jeden Quadratmeter des Fußballfeldes für die LaGa zu requirieren. Aber auch die SPD hat, wenn auch ungewollt, mit ihrer Zustimmung zur Landesgartenschau die Vertreibung von Blau-Weiß gebilligt (s. Kommentar Seite 2).

Diese Parlamentssitzung wird als Meilenstein in die Geschichte Gießens eingehen. Es ist verantwortungs-

los, angesichts schwindender Einnahmen und verminderter Landeszuschüssen, die Verschuldung derart in die Höhe zu treiben. Warum der Regierungspräsident der erneuten Verschuldung zugestimmt hat, bleibt sein Geheimnis. Der Steuerzahlerbund hat auf die Prokopf-Verschuldung der Stadt hingewiesen: 5800 Euro.

Schon jetzt werden die Kosten der LaGa nicht mehr mit 20, sondern bereits mit 30 Millionen Euro beziffert. Die Finanzen der Stadt werden sich nach diesem Beschluß zu einem unkalkulierbaren Chaos auswachsen. Drastischer Sozialabbau ist programmiert und damit gewollt. Müßten diejenigen, die diese desaströse Entscheidung gefällt haben, mit ihrem eigenen Einkommen und Vermögen für die absehbaren Folgen haften, wäre das Ergebnis anders ausgefallen. Die DKP wird weiterhin jeglichen Sozialabbau bekämpfen und dafür eintreten, daß Blau-Weiß an seinem angestammten Platz bleiben kann. M.B.



Gießen anno 2010

### Inhalt:

Blau-Weiß / Kinder + Waffen	S.2
Wohnbau-Spitzel / Kita Schott-Str.	S.3
Kapital, Kirche... / Steuerbetrüger	S.4
Die Krise ist der Normalfall	S.5
Die DKP zum 1. Mai / Fahrrad-Demo	S.6
Briefe / Brecht / Buch-Tip	S.7
Termine/DKP zu Griechenland	S.8

## Sozialabbau durch Landesgartenschau



Mitglieder des Gießener Linksbündnisses (Linke, DKP und Parteilose) demonstrieren am 12. Mai mit Transparenten und Flugblättern vor dem Stadthaus gegen Landesgartenschau und für Blau-Weiß



Für Frieden und Sozialismus! **DKP**

# Blau-Weiß - wir bleiben am Ball

Jedem musste mit dem Beschluss zur Durchführung der Landesgartenschau klar sein: Blau-Weiß wird zumindest vorübergehend abgeräumt. In der europaweiten Ausschreibung für die LaGa war keine Bedingung zur Erhaltung des Sportplatzes an der Ringallee enthalten. Anstatt den Amateurfußball in die LaGa einzubeziehen, wird er ausgegrenzt. Da nutzen auch nicht solche unsinnigen Vorschläge der Bürgermeisterin wie Reichenbergerstraße (Lärmschutz!!!) oder Miller-Hall als Spielplätze. Gießen könnte sich als Stadt darstellen, die den Amateursport und den Schulsport fördert. Aber nein. Profisport ist ein besseres Aushängeschild und Werbemaßnahme. Nicht nur die Solidaritätsbekundungen von Sportvereinen, Kirchen, dem Dekanat, Schulen, DKP, Linksfraktion, Bürgerliste und vielen Bürgern unserer Stadt wurden übergangen. Auch in den im Gießener Parlament vertretenen Parteien gab es Stimmen gegen die Landesgartenschau und damit dagegen, Blau-Weiß die Rote Karte zu zeigen.

Die SPD und die Oberbürgermeisterin haben sich mit Blau-Weiß solidarisiert. Schön! Waren sie zu naiv, um zu merken, dass mit der Zustimmung zur LaGa das Urteil über den mehr als 50 Jahre alten Sportverein gesprochen war? Als Trost-

preis kann gelegentlich wieder einmal der Integrationspreis verliehen werden, oder auch ein Fair-Play-Pokal, da sich der Verein (allzu) kompromissbereit gezeigt hat.

Die Bundesvorsitzende der Grünen, C. Roth, hatte vor den Landtagswahlen in Hessen noch am Schwanenteich versprochen, die Grünen seien keine Mehrheitsbeschaffer für eine schwarz-gelbe Politik (Anzeiger, 2.9. 09). In Gießen sind die Grünen nicht nur Mehrheitsbeschaffer, vielmehr stellen sie sich als Betreiber einer unsozialen Politik dar.

Man darf gespannt sein, wie OB Grabe-Bolz auf den Vorschlag der Stadtverordneten Koch-Michel (Bürgerliste) reagieren wird, die Dezernatsverteilung neu zu regeln und die Ausrichtung der LaGa in eigener Regie zu organisieren – unter Berücksichtigung der Interessen von Blau-Weiß.

Die Sache darf nicht beendet sein, wie es die Koalition gerne hätte. In diesem Sinne habe ich meine Mitgliedschaft im Sportverein Blau-Weiß beantragt.

Michael Beltz

**Was sagte Innenminister Bouffier, der in Hessen unter anderem für Sport verantwortlich ist? Ging ihm der brachiale Kampf des Gießener CDU-geführten Magistrats gegen Blau-Weiß zu weit?**

## Kinder und Schußwaffen

Daß in Gegenwart von Kindern nicht mit entschulten Schußwaffen hantiert werden soll, sollte eigentlich klar sein. Ist es aber nicht. Im Februar hat

sich bei Grünberg in einem evangelischen Kindergarten ein Schuß gelöst, als die Polizei ihre Waffen vorführte. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Dies nahm die Kreisgruppe der Linken im Kreistag zum Anlaß für folgenden Antrag: „Der Kreisausschuß weist die Verwaltung als öffentlichen Träger der Jugendhilfe an, dafür Sorge zu tragen, daß bei Besuchen von Kindergärten und Schülergruppen bei Polizei und Bundeswehr auf die Vorführung von Waffen verzichtet wird.“

Aber selbst diesem eigentlich selbst-

verständlichem Anliegen wollten sich die Kreistagsabgeordneten der Mehrheitskoalition aus CDU, FDP und Freie Wähler nicht anschließen und erklär-

ten sich für „nicht zuständig“. Ob sie nach einem weiteren versehentlichen Schuß, der weniger glimpflich verläuft, sich auch mit einem „nicht zuständig“ herausreden wollen?

Schußwaffen dürfen nicht vor Kindern zur Schau gestellt werden (in Österreich wurde übrigens nach einem ähnlichen Vorfall

sofort eine entsprechender Anordnung getroffen)!

Und die Bundeswehr hat nichts in Schulen verloren – und auch nichts im Arbeitsamt, wo sie monatlich ihre Schau abzieht, um Nachschub für Afghanistan zu rekrutieren. E.B.



## Aussagen zum Sport in Gießen

Aus den Koalitions-Vereinbarungen von CDU, Grüne und FDP für die Wahlperiode 2006 bis 2011:

„Die Koalition spricht sich für den Erhalt der Sportanlagen in der Stadt Gießen in einem nutzbaren Zustand aus und wird sich für eine auch weiterhin kostenfreie Überlassung an Gießener Sportvereine einsetzen.

Die Sanierung der Sportanlagen in der Stadt Gießen sind anhand der Prioritätenliste für den kommunalen Sportsstättenbau fortzuführen....“

Aus dem Kommunalwahlprogramm der Grünen für den gleichen Zeitraum unter dem Motto: „Gießen wird grün!“:

„Bündnis 90/Die Grünen werden den Sport auf allen Ebenen unterstützen – sowohl Leistungs- und Spitzensport als auch Vereins- und Breitensport..... Sport ist auch Integrationsförderung...“

...Wir werden auch weiter verlässliche Partner unserer Sportvereine sein..

...„Ihre Vielzahl (der Vereine, d. Red) gewährleistet, dass die sozialpräventive Funktion des Sports für die Gesellschaft erhalten bleibt.“



Bildungs-Demo in Düsseldorf

## "Fragen an die Birthler-Behörde"

**Frage:** Viele Studenten demonstrieren wegen schlechter Bedingungen an der Uni und gegen Studiengebühren. War das in der DDR auch so?

**Antwort:** Im Prinzip ja, nur, daß die Studenten nicht demonstrieren durften. Allerdings brauchten sie das auch nicht, weil das gesamte Bildungswesen von der Krippe bis zur Uni für alle kostenlos war.



..und auch am 1. Mai (in der Walltorstraße)

## Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern: Protest gegen Hartz IV

# Neues Spitzelsystem der Wohnbau?

Die Wohnbau will sparen – an Energie. Das hört sich gut an; gemeint ist jedoch offenbar ein Gemisch aus Bevormundung und Bespitzelung, das die Wohnbau ihren Mietern angedeihen lassen will.

In ihrer neuen Mieterzeitung wird bemängelt, daß manche Mietparteien einen viermal so hohen Heizbedarf hätten wie andere vergleichbare Mietparteien. Also soll sich das „Nutzungsverhalten ändern“. Dazu sollen „die Verbrauchswerte, die von den Stadtwerken erfaßt werden, für unsere Analysen zur Verfügung gestellt werden“ (V. Behnecke) – und dann wird eine Datenbank angelegt.

Daß die benötigten Energiemengen in Haushalten unterschiedlich sind, ist doch logisch. Das hängt davon ab, wie warm es jemand haben möchte, wie oft und wie lange er sich in der Wohnung aufhält, wie viele Zimmer ständig geheizt werden, wie gelüftet

wird u.a.m. Diese individuellen Verhaltensweisen sind das gute Recht eines jeden Mieters.

Was geht das alles die Wohnbau an?! Gegen vernünftige Energie-Spartips hat niemand etwas einzuwenden. Aber diese Datensammelwut ist nicht akzeptabel.

Wenn die Wohnbau wirklich etwas gegen hohe Heizkosten tun will, dann soll sie sich dafür einsetzen, daß die Energiekonzerne an die Kandare genommen (verstaatlicht) werden und statt der Ausschüttung sprudelnder Gewinne an die Aktionäre die Gas- und Strompreise gesenkt werden! E.B.



## Konfession und Kita in der Schottstraße - 100 Kita-Plätze fehlen

Vor einiger Zeit hatte die Stadt Giessen die Trägerschaft über die Kindertagesstätte in der Schottstraße an den Caritasverband abgegeben. Der hatte damals bei der Einstellung seines Personals (laut seiner Homepage) für die Leitung eine Mitarbeiterin gesucht, die nicht nur fachlich qualifiziert, sondern auch katholischen Glaubens sein sollte und in der katholischen Kirche engagiert. Die übrigen Gruppenerzieher sollten christlichen Glaubensgemeinschaften angehören. Nachdem nun der Betrieb der Kindertagesstätte in der Schottstraße einige Zeit läuft, fragen wir:

Wie hoch ist der Anteil von Kindern aus christlichen Familien, wie hoch der Anteil

aus katholischen Familien, wie hoch der Anteil muslimischer, anderer religiöser Orientierungen und der nichtreligiösen Kinder. In dem betroffenen Stadtviertel dürften Katholiken in der absoluten Minderheit sein, mehrheitlich wohl die Kinder aus muslimischen Familien stammen. Um so mehr fällt auf, wie der zur katholischen Kirche gehörende Caritasverband sich immer mehr in der Nordstadt ausbreitet. Wir Kommunisten fordern religionsfreie Kindereinrichtungen, egal ob Kindertagesstätten, Jugendzentren oder sonstige Einrichtungen, sie dürfen nicht für Missionszwecke, und nichts anderes ist das angeblich soziale Engagement der Kirchen, instrumentalisiert werden.

Wie zu hören ist, fehlen in der Nordstadt aktuell für das nächste Kindergartenjahr rund 100 Plätze.

Wer hat hier in der Planung gepennt, wie werden diese dringend benötigten Plätze kurzfristig geschaffen? Ist das das Ergebnis der „sozialen Stadt“? Aber wer die Landesgartenschau im Kopf hat, den Sportverein des Stadtviertels Blau-Weiß in seiner Existenz gefährdet, der mißt auch ausreichenden Kindergartenplätzen in diesem Stadtviertel kein großes Gewicht zu. Dabei sind 100 Plätze schon eine komplette Kita mit fünf Gruppen. Die DKP fordert endlich ausreichende Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche in Gießen!

K.S.

# Kapital, Kirche, Kommunismus

Wie es jeder vernünftige Mensch vorhergesagt hatte, kommt es. Jetzt, nach der Wahl in NRW, wird erbarungslos der Sparknüppel geschwungen. „Gespart“ werden soll „in allen Bereichen“ (auch bei Rüstung und Krieg!). Zwei Dinge seien ausgenommen; die Bildung und die Kinderbetreuung. Aber das Kita-Programm ist langfristig und Bildung ist ohnehin Ländersache; in Hessen hat Koch den Unis bereits Millionen Euro gestrichen, bis zu 9 Millionen werden dadurch der Gießener Uni fehlen. Darüber hinaus ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf bis zu 25% in der Diskussion. Dazu schreibt ein des Kommunismus Unverdächtiger: „Das Gefühl des Ausgeliefertseins wächst und mit ihm die Überzeugung: ‚Da kann man sowieso nichts machen.‘ Das Schicksal von Karstadt kann als Beispiel dienen: Trotz millionenschweren Gehaltsverzichts der Belegschaft will der interessierte Investor noch weitere Zugeständnisse herausholen. Dennoch zeigen ja die gelungenen Kampagnen gegen Dumping-Löhne bei Lidl und Schlecker, daß bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung durchsetzbar sind. Es ist in einem der reichsten Länder der Erde nicht hinnehmbar, wenn ein Lohn

*nicht mehr ausreicht, um das Leben zu finanzieren, wenn Arbeitslose unter die Armutsgrenze rutschen und die ‚Tafeln‘ zur Dauereinrichtung werden, damit niemand hungern muß – während die Krisengewinnler sich schon wieder die Hände reiben und die Gesamtsumme des privaten Vermögens weiter steigt... Eine gerechte Einkommensverteilung, die eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht; gleiche Bildungschancen für alle Kinder; eine Wirtschaftsweise, die sich nicht nur an Profit und Börsenkursen orientiert, sondern sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt – das sind Ziele, für die wir einzustehen haben.“*

Diesen Text kann man doch Wort für Wort unterschreiben. Was früher nur Kommunisten schrieben, scheint nun Allgemeingut. Es werden die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse angeprangert, die sich seit Jahrzehnten zuspitzen, seit in den 60er Jahren der schleichende und dann galoppierende Sozialabbau begann. Es drückt, das aus, was wir seit jeher versuchen, den Menschen näherzubringen: dieser Kapitalismus muß abgelöst werden durch eine sozialistische Gesellschaft ohne Hunger und Krieg, in der der vorhandene Reichtum denen zu-



gute kommt, die ihn erarbeiten. Die jetzige Weltwirtschaftskrise zeigt die Unmenschlichkeit des Kapitalismus, in dem Millionen im Elend leben und die Banker Milliarden scheffeln. Dieser Kapitalismus läßt sich nicht reformieren und auch nicht regulieren – Sozialismus oder Barbarei, hat es Rosa Luxemburg genannt. Man kann etwas machen! Die sich für den Sozialismus entscheiden, müssen noch mehr werden!

Der zitierte Text stammt übrigens aus dem „Wort zum Sonntag“ des Gießener Pfarrers Weißgerber (Gießener Allgemeine, 30.4.2010). Erika Beltz

## Steuer-Betrüger stoppen!

Vor einigen Wochen gab es eine bundesweite Razzia in Banken und Bürohäusern. Es ging um Mehrwertsteuer-Betrug beim Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro. Seit Einführung der Mehrwertsteuer (1968) ist bekannt, daß die gültigen Regelungen zum Betrug einladen. Während man bei anderen Steuerarten nur betrügen kann, indem man fällige Steuern hinterzieht, können gewiefte Betrüger bei der Mehrwertsteuer das Finanzamt zum Zahlmeister machen. Werden Waren, für die im Inland Mehrwertsteuer entrichtet wurde, exportiert, so kann der Exporteur die gezahlte Steuer beim Finanzamt zurückfordern. Es reicht ein Zahlungsbeleg, auf dem die Steuer ausgewiesen ist, und eine Exportbescheinigung. Ob die Steuer auch tatsächlich abgeführt wurde, kann nicht über-

prüft werden. Mit etwas krimineller Energie können Geschäftsleute Kasse machen. Schon kurz nach Einführung dieser Steuer war dies bekannt und es wurden immer wieder Schätzungen veröffentlicht, wie hoch der Schaden ist. Anfangs waren es einige Milliarden Mark jährlich, die letzten Zahlen vor einigen Jahren lagen bei 20 Milliarden Euro. Seitdem hört man nichts mehr davon. Ebenso wenig hört man von früher immer mal wieder angekündigten Versuchen, diese Betrügereien mit einer Gesetzes-Änderung zu beenden. Bei dem eingangs genannten Fall wurden CO<sub>2</sub>-Zertifikate im Wert von vielen Millionen Euro zwischen verschiedenen Ländern hin und her gehandelt und Mehrwertsteuer zurückgefordert, die nie abgeführt worden war. Dieser dreiste Betrug ist aber nur einer von vielen Fällen. Durch



Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung entgehen der Staatskasse nach seriösen Schätzungen hundert Milliarden Euro jährlich. Es gäbe keine Staatsverschuldung, wenn Banken, Konzerne und Handelshäuser genauso streng behandelt würden wie der normale Lohnsteuerzahler.

Genot Linhart

# Kapitalismus - die Krise ist der Normalfall

Der Kapitalismus zerstört in seinem Niedergang zunehmend die Natur und die gesellschaftliche Wohlfahrt. Ersteres erleben wir gerade am Golf von Mexiko, wo täglich über 1.000.000 Liter Rohöl vor der amerikanischen Küste ins Meer fließen. Das Zweite zeigt uns die Dauerkrise, die nach Immobilien, Unternehmen und Banken jetzt ganze Staaten ergreift. Gehen diese im Meer der Schulden unter, gibt es keinen weiteren Retter mehr. Den Staaten steht das Wasser schon bis zur Halskrause. Kaum ist das 100-Milliarden-Rettungspäckchen für Griechenland geschnürt - weitere Zahlungen werden kommen, der Erfolg wird ausbleiben - folgt schon ein 750-Milliarden-Paket für weitere erwartete Staatsbankrotteure. Und überall ist Griechenland. Die USA sind mit 12 Billionen Dollar verschuldet, Japan mit 3,5 Billionen Euro, Deutschland mit bald 2 Billionen. Der Unterschied zu Griechenland ist nur: Manche Staaten bekommen noch neue Kredite, mit denen sie die alten ablösen, andere nicht. Auf Pump leben sie alle.

Nouriel Roubini ist Professor an der New York University und Berater für Kunden aus der Finanzindustrie. Er ist beileibe kein Marxist. Immerhin spielt er in einem Film über die Wall Street den „Dr. Doom“, also den „Dr. Untergang“. Der „Spiegel“ fragt ihn: „Müssen wir uns an die Krise gewöhnen?“

Roubini: „Ich fürchte ja. Krisen sind

ein fester Bestandteil des kapitalistischen Genoms. Sie sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel... Was wir jetzt erleben, bietet nur einen Vorgeschmack dessen, was uns noch bevorsteht.“



Und die Heilmittel? Roubini als Anhänger des Kapitalismus glaubt natürlich an solche. Aber seine Reformvorschläge sind zu radikal, um im Kapitalismus realisiert zu werden, und zuwenig radikal, um die kapitalistische Krankheit zu heilen. In Wahrheit haben wir schon in der großen Depression von 1929 die grundsätzlichen zwei Wege ausprobiert. Der erste führt von der Rezession in die

Depression. Da gab es vor Hitler den Reichskanzler Heinrich Brüning, der einen rigiden Sparkurs fuhr. Er sparte uns letztendlich tot, ganz so, wie es jetzt mit Griechenland geschieht. Der zweite Weg führt über staatliche Geldschwemme in die Inflation. Hitlers Reichsbankdirektor Hjalmar Schacht schuf mit gewaltiger Rüstungsproduktion eine Scheinblüte, indem er über das verschleiernde Mefo-System dem Nazireich ständig neues Geld für die Kriegsfinanzierung zuführte. Kurz gesagt, wurden auf die mittellose Scheinfirma „Metallurgische Forschungsgesellschaft“ Wechsel ausgestellt, die aber von der Reichsbank eingelöst wurden. Am Ende stand Inflation, das Geld war nichts mehr wert. Heute kauft die Europäische Zentralbank wertlose Staatsanleihen auf, die sonst keinen Käufer finden würden. Das kommt ebenfalls dem Gelddrucken gleich. Was wird am Ende dieses Weges stehen? Depression? Sie bedeutet Armut und Massenarbeitslosigkeit. Inflation? Sie bedeutet Entwertung von Löhnen und Renten. Schon in den Siebzigerjahren hatten wir Stagnation und Inflation in einem, Stagflation. Entgegen seinen Lehrbuchweisheiten wird der Kapitalismus es auch zur inflationären Depression bringen. Es wird für uns, die wir keine Kapitalisten sind, Zeit, ein System zu errichten, in dem nicht der Profit, sondern die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse im Mittelpunkt steht. Klaus Mewes



Liebe Leserinnen und Leser,  
wir bedanken uns für alle Spenden und bitten um Überweisung von den noch ausstehenden Abo-Gebühren für 2010 - und wir bitten um weitere Spenden.

Gießener Echo  
Konto Nr. 193070,  
BLZ 51350025,  
Sparkasse Gießen

# Die DKP zum 1. Mai

## Mai-Veranstaltung der DKP

Am 27. April hatten das Café Amelie und die DKP Gießen zu einer Vor-Mai-Feier in das Café im Erdgeschoss des Gewerkschaftshauses eingeladen. Zu Beginn begrüßte Helmut Appel die zahlreich erschienen Gäste. In seiner folgenden Ansprache schlug der DKP-Bezirksvorsitzende und Gießener Stadtverordnete Michael Beltz einen politischen Bogen vom Kriegseinsatz in Afghanistan über die Milliardenhilfen für Banken bis hin zu Lohnkämpfen und Sozialabbau.

Er betonte, dass Kapitalinteressen überall Vorrang haben vor den Interes-



auf der Mai-Demo des DGB

sen der Bevölkerung, Krieg und Sozialabbau sind zwei Seiten einer Medaille. Der 1. Mai als Tag der Arbeiterklasse ist der Tag, an dem darum zu kämpfen ist, den von allen Lohnabhängigen erarbeiteten Reichtum nicht der privaten Aneignung durch einige wenige zu überlassen. Für die Hartz-IV-Empfänger forderte er, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe rückgängig zu machen und stattdessen das Arbeitslosengeld für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu zahlen. Geld wäre bei einer anderen Steuerpolitik genug da, allein die Angleichung der deutschen Steuergesetze

an die in Frankreich brächte jährlich 66 Milliarden Euro mehr. Da uns ein Politikwechsel nicht geschenkt wird, forderte er zum Schluss zur Stärkung der DGB-Gewerkschaften auf, auch wenn viele mit der mangelnden Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsführungen unzufrieden sind.

Anschließend sang der Frankfurter Liedermacher Ernst Schwarz alte und neue Lieder der Arbeiter- und der Friedensbewegung und erhielt dafür viel Zustimmung der Gäste. Der gelungene Abend endete mit der von allen gesungenen „Internationalen“, die in mehreren Sprachen erschallte. G.L.



Ernst Schwarz

## Fahrrad-Demonstration am 8. Mai in Gießen

Etwa 100 Radfahrer waren am 8. Mai zu der von der Gießener BUND-Jugend organisierten Fahrraddemo gekommen. Von den dort vorgetragenen Forderungen dürfte das die wichtigste sein: Reduzierung des Autoverkehrs als langfristiges Ziel Gießener Verkehrspolitik, weil überlastete Straßen durch Schadstoffemissionen und Lärm die Lebensqualität senken! In Gießen

sie kennen die für sie geeigneten Strecken und umfahren neuralgische Punkte automatisch. Anders sieht es für die vielen Studenten aus, die jedes Jahr neu in die Stadt kommen, und erst recht für Autofahrer, die umsteigen wollen – sie spüren den Radlerschrecken auf Gießens Straßen hautnah. Der größte Fehler der Verkehrspolitik ist, daß Radfahrer als Randgruppe behandelt werden. Für die muss man ab und zu etwas tun, damit sie Ruhe geben und die Autofahrer nicht allzusehr stören. Hier mal ein neuer Radstreifen, dort eine Aufstellfläche an einer Kreuzung, aber nichts, was das Radfahren wirklich attraktiv macht, etwas das



gibt es zwar radfahrende Kommunalpolitiker, für einen besseren Radverkehr hat sich aber noch keiner wirklich eingesetzt. Wahrscheinlich liegt das daran, dass geübte Radler die Misere gar nicht so sehr bemerken,

signalisiert: hier sind Radfahrer willkommen! Radfahren ist kein Verkehrsproblem, sondern ganz im Gegenteil die Lösung vieler Probleme. Anfang des Jahres war in Gießener Zeitungen zu lesen, dass in der Stadt die von der



EU geforderten Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) praktisch ständig überschritten werden – mehr Fahrräder statt Autos wäre ein Weg zur Besserung. Fahrräder brauchen wenig Platz, verursachen keinen Lärm, keine Abgase und keine Staus. Notwendig sind regelmäßige Aktionen, bis sich wirklich etwas verbessert.

Gernot Linhart

## Von unseren Lesern

### Zur Wahl in NRW

„Könnten Wahlen etwas verändern, würde man sie verbieten.“ (Rosa Luxemburg). Betrachtet man die Landtagswahlen in NRW und vergleicht sie mit denen in Hessen, so kommt man in der Tat bei dem ganzen Zauber um die Regierungsbildung zu obigem Schluß von Rosa Luxemburg. Denn am Wesen des Systems, das man gemeinhin Kapitalismus nennt, hat und wird sich nichts ändern. Die Partei „Die Linke“ wäre gut beraten, sich nicht an der Regierung zu beteiligen und Fundamentalopposition zu üben. Dafür könnte sie ihre Sitze im Parlament als Tribüne gut nutzen, denn „die wesentliche Macht des Parlaments liegt außerhalb des Parlaments“ (Karl Liebknecht) und z. Zt. beim Kapital. Dies zu ändern, ist die Hauptsache. Jeglicher Opportunismus oder tödliche Umarmung, z.B. durch die SPD, wird dies verhindern. Das ist seit der Revolution in Frankreich deutlich und zeigt sich z.B. heute schon in Berlin und Dresden, wo Grundsätze linker Politik aufgegeben wurden. Deswegen bedarf es weiterhin einer revolutionären DKP! Uwe Moldenhauer

### Der 8. Mai

Der 8. Mai 2010 ist der 65. Jahrestag der Befreiung der menschlichen Zivilisation vom Faschismus. Das Gedenken an die historische Befreiung durch die Sowjetunion, an alle Kämpfer der Antihitlerkoalition, des Partisanenkampfes, der Resistance, des illegalen Widerstandes ist ein Herzensanliegen! Falk Moldenhauer

## Buchtipp Gerhard Feldbauer: Der Heilige Vater. Benedikt XVI. Ein Papst und seine Tradition

Das Urteil gegen Galileo Galilei, heißt es aus der Umgebung des Papstes, sei »in Ordnung« gewesen und die »Heilige Inquisition« eine »rationelle Veranstaltung«. Aber auch Benedikt XVI., alias Joseph Alois Ratzinger, selbst positioniert sich eindeutig: Von der Seligsprechung geistlicher Anhänger des faschistischen Putsches in Spanien über seine Ausfälle gegen Protestanten und Moslems oder seine Unterstützung für Berlusconi bis zur Rehabilitierung der Piusbrüder mit ihren zweideutigen Verlautbarungen etwa zum Holocaust. Flexibel in der Form, bisweilen leutse-



lig im Ton, knüpft er an eine altbewährte Tradition der Kurie an. In Deutschland mag dafür das Konkordat von 1933 mit Hitler stehen, in Italien die Allianz mit Mussolini. Oder die Verstrickung von Opus Dei in das Mordkomplott gegen Aldo Moro. Das Buch bietet einen Einblick in diese politischen und historischen Zusammenhänge und macht deutlich, dass Benedikt XVI. eine geistige Gegenoffensive fortsetzt, die auf ein Rollback gegen die Aufklärung und die irdische Emanzipation des Menschen abstellt. Papyrossa-Verlag, 2010, 14,90 Euro

## An unsere Leser

### Weizsäckers Vergangenheit

Im letzten Echo hatten wir in einem Artikel zum 8. Mai darauf hingewiesen, daß Richard von Weizsäcker 1985 als erster deutscher Bundespräsident den 8. Mai als Tag der Befreiung würdigte. Das sollte so nicht unkommentiert bleiben, meinte ein Echo-Abonnent während der Mai-Kundgebung. Er machte uns darauf aufmerksam, daß Weizsäcker bis 1966 einer der sechs Geschäftsführer des Chemiekonzerns C.H. Boehringer war, der Hauptlieferant der 2,4,5-T-Säure an den US-Konzern Dow Chemical. Mit dieser Säure wurde das berüchtigte Gift *Agent orange* hergestellt, es wurde tonnenweise (alleine im ersten Kriegsjahr 63.000 Tonnen) auf Vietnam abgeworfen und das Land systematisch zerstört. Die Menschen wurden getötet oder erlitten schwerste Verbrennungen, die Spätschäden dauern bis heute an. Noch während seiner Mittäterschaft als Geschäftsführer, 1964, wurde Weizsäcker Präsident des evangelischen Kirchentages.

### Aram wurde eingebürgert

Im April hatten wir berichtet, daß dem aktiven Antifaschisten und Sozialisten Aram A. in Niedersachsen die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert wurde. Grundlage waren Akten des Verfassungsschutzes, der ihn jahrelang bespitzelt hatte.

Wir freuen uns, mitteilen zu können, daß Aram (Mitglied der SDAJ) aufgrund zahlreicher Proteste und Solidarität inzwischen eingebürgert wurde.



### Brecht verboten

*"Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen u.s.w. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten."*

Dieses Brecht-Zitat sollte auf dem Grabstein der Hanauer Kommunistin und Widerstandskämpferin Louise Bröll angebracht werden - anlässlich ihres 105. Geburtstages im Frühjahr 2010.

Die Stadt Hanau hat es verboten.



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):  
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: [UZabo@t-online.de](mailto:UZabo@t-online.de)  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)



# Solidarität mit dem sozialistischen Kuba

Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und Café Amélie

Mit Unterstützung von u.a. Cuba Si, DKP, Gipanica - Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen-San Juan del Sur/Nicaragua, Lateinamerika21, Rote Hilfe, SDAJ, VVN - Bund der Antifaschisten

**am Montag, dem 14. Juni, dem Geburtstag von Che Guevara, um 19.30 Uhr, im Café Amélie, Gewerkschaftshaus**

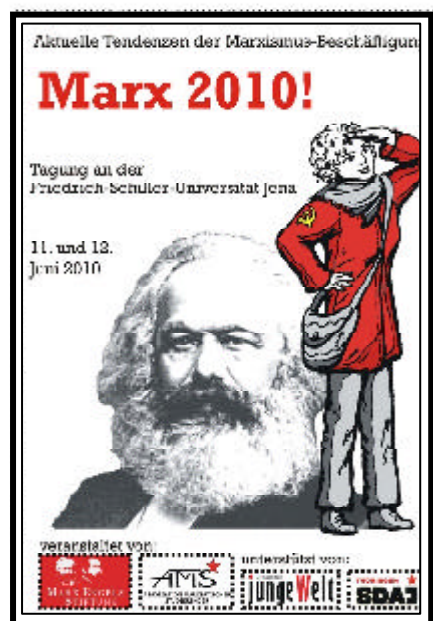
## Thema: Freiheit für die Miami 5

die seit 1998 unschuldig als politische Gefangene in US-Gefängnissen eingesperrt sind, weil sie ihr Heimatland Kuba gegen Terrorismus verteidigt haben.

### Referenten: Josie Michel-Brüning + Dirk Brüning

vom deutschen Komitee zur Freilassung der fünf kubanischen Anti-Terrorkämpfer außerdem: Cuba libre, Bücher, CDs, Rum, Info-Stände, Poster, Bücher, Fahnen... sowie

## Lieder mit Ernst Schwarz



Infos: [www.ams-jena.de](http://www.ams-jena.de)  
[www.marx-engels-stiftung.de](http://www.marx-engels-stiftung.de)  
[www.ams-marxisten.de](http://www.ams-marxisten.de)

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

**Redaktionsschluß für das Juli-Echo: 24.6.10**

## Antifaschistische Stadtführungen

der DGB-Jugend Mittelhessen

Die gut dreistündigen Führungen beinhalten eine Route von 21 Stationen zu Fuß durch die Gießener Kernstadt; zu Beginn erfolgt eine Einführung.

**Termine: Samstag, 3. Juli, Samstag 4. September, Beginn jeweils 14 Uhr am Gewerkschaftshaus, Walltorstraße.**

Kosten: 5 E (erm. 2,50 E)

Führungen für Gruppen können zu gesonderten Terminen vereinbart werden.

Weitere Infos und Anmeldung im Internet: [www.giessen.dgb.de](http://www.giessen.dgb.de)

## DKP-MV

**Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP ist am Donnerstag, 17. Juni, 19.30 Uhr im Winchester Zimmer der Kongreßhalle.**

## Griechenland kämpft – auch für uns

Am 20. Mai fand der vierte Generalstreik in Griechenland in diesem Jahr statt, wenige Tage vorher die größten Demonstrationen seit dem Ende der faschistischen Militärdiktatur 1974. Die Menschen wehren sich gegen das EU-Diktat, das ihnen die Löhne kürzen, die Renten senken und das Sozialversicherungssystem zerschlagen soll. In den Medien, allen voran die Blöd-Zeitung, wird suggeriert, „die Griechen“ hätten über ihre Verhältnisse gelebt und „Deutschland“ müsse wieder als „Zahlmeister“ fungieren. Richtig dagegen ist, daß insbesondere die BRD für die Krise in Griechenland verantwortlich ist. Und es ist ebenfalls die BRD, die dieses Spardiktat durchgesetzt hat.

Mit Lohndrückerei in Deutschland (hier sind die Löhne in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken) hat sie ihre Exporte hochgeschraubt, die damit billiger waren als die im eigenen Land hergestellten Waren. Während vor dem Euro Griechenlands Landwirtschaft eine Wachstumsbranche war, werden heute jährlich für sieben Milliar-

den Euro Nahrungsmittel importiert. Darüber hinaus mußte Griechenland – entsprechend der EU-Verfassung – Milliarden Euro für U-Boote und Panzer ausgeben. Anstatt hier den Rotstift ansetzen zu lassen, bestehen die deutschen Rüstungskonzerne auf ihre Lieferung – und Zahlung. Um deren Forderungen zu erfüllen, braucht Griechenlands Regierung jetzt Geld. Und die arbeitenden Menschen, Erwerbslose und Rentner sollen zahlen! Dagegen kämpfen die Griechen und dafür verdienen sie unsere Solidarität! Uns muß doch klar sein, daß über uns die gleichen „Sparprogramme“ wie dort verhängt werden, wenn es dem Kapital gelingt, diesen machtvollen Widerstand zu bezwingen.

Die DKP ist solidarisch mit dem griechischen Widerstand, insbesondere mit der Kommunistischen Partei und Gewerkschaft PAME, die an vorderster Front kämpfen und dabei deutlich machen, daß dieser Kampf verbunden sein muß mit dem Kampf um eine bessere Gesellschaft – um Sozialismus. DKP Kreisvorstand Gießen

## "Wir zahlen nicht für Eure Krise"

**Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau**

**Demo am Samstag, dem 12. Juni in Stuttgart und Berlin**

[www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org) / [www.klimawelle.de](http://www.klimawelle.de) / [www.bidungsstreik.net](http://www.bidungsstreik.net)